



## Rentner, wollt ihr ewig leben? Oder: Der soziale Restmüll

**Thema**  
**Altersarmut**

In einem demokratischen Gemeinwesen sollen alle Menschen gleich viel wert sein. Dieser Konsens hat christliche und humanistisch-aufklärerische Wurzeln und angesichts der faschistischen Gräueln im Nachkriegsdeutschland Verfassungsrang erhalten: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ (Grundgesetz).

Faktisch gesehen war diese rechtliche und moralische Gleichheit aller Menschen immer eine Fiktion, aber bis in die jüngste Vergangenheit galt sie als nicht diskutierbar und nicht verhandelbar, es war zumindest ein politisches Bemühen erkennbar, ihr irgendwie gerecht zu werden. Seit zwei Jahrzehnten werden immer mehr Menschen durch politische Entscheidungen in soziale Slums ausgelagert, in denen sie erfahren, dass ihr Leben für Staat und Politik keinen Wert mehr hat. Um einem Teil dieser Menschen ein Forum für öffentliche Darstellung und Widerstand zu geben, greift das Bündnis für Menschenwürde und Arbeit das Thema Altersarmut auf.

### Einige Fragen ...

Gehören Sie der „Goldenen Generation“ an, also der Gruppe älterer Menschen, die das halbe Jahr auf Mallorca und das zweite Halbjahr auf einem Traumschiff verbringen können? Die, fit wie ein Turnschuh, ihr Leben genießen und sich mit dem Gefühl, es verdient zu haben, alles leisten können, was sie begehren? Oder sind oder waren Sie Unternehmer, leitender Angestellter oder Beamter. Ist Ihnen die Anhäufung von Vermögen gelungen? Oder haben Sie sogar das große Los in der Lebenslotterie gezogen und haben es als Abgeordnete/r in den Bundes- oder Landtag geschafft? Oder haben oder hatten Sie einfach einen Beruf, der Ihnen ein sicheres Auskommen auch im Alter gewährleistet?

Trifft alles nicht auf Sie zu? Dann müssen Sie sich Fragen wie die folgenden gefallen lassen: Waren Sie immer fleißig? Haben Sie unermüdlich und ohne Unterbrechung seit Beendigung Ihrer Schulzeit gearbeitet? Waren Sie also mehr als 40 Jahre bei überdurchschnittlichem Gehalt voll erwerbstätig? Sie sind hoffentlich in der Lage bis 67 zu arbeiten?



### ... und einige Fakten

Es kann sein, nein: es ist wahrscheinlich, dass Sie heute oder morgen in die Altersarmut rutschen, weil Sie

- wegen ihrer sozialen Herkunft keine oder nur eine geringe Qualifikation erwerben konnten
- keinen gut bezahlten Job bekommen haben
- eine gebrochene Erwerbsbiografie haben, warum auch immer
- einen Teil ihres Erwerbslebens langzeitarbeitslos waren
- längere Zeit wegen einer psychischen oder körperlichen Erkrankung nicht arbeiten konnten
- wegen der Pflege eines/einer Angehörigen für längere Zeit nicht arbeiten konnten
- wegen der Betreuung, Versorgung und Erziehung von Kindern ihre Arbeit aufgeben mussten und danach keine angemessene Beschäftigung mehr fanden
- aufgrund ihres zu geringen Verdienstes nicht privat vorsorgen konnten
- sich mit Minijobs existenziell über Wasser halten mussten
- als MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt keine Chancen hatten
- wegen krankmachender Arbeitsbedingungen in die Erwerbsunfähigkeit gerutscht sind
- längere Zeit unverschuldet von Hartz-IV bzw. von Grundsicherung leben mussten.

Wenn Sie diese Fragen mit einem klaren „Ja“ beantworten können – schade für Sie, denn dann werden Sie wahrscheinlich dennoch zu der halben Million Mitmenschen zählen, die gegenwärtig so wenig Rente beziehen, dass sie auf Grundsicherung angewiesen sind oder, wenn sie dazu gesundheitlich noch in der Lage sind, Jobs für Zusatzverdienst suchen müssen. Und sie müssen sich im Alter mehr oder weniger große Sorgen um ihre Existenzgrundlagen machen – die meisten von ihnen eher mehr.

Sollte in Ihnen noch ein Fünkchen Hoffnung glimmen, die sogenannte Rentenreformen könnten Rettungsanker sein, vergessen Sie's, es verflüchtigt sich bei genauerem Hinsehen wie eine Fata Morgana:

Kombirente oder Zuschussrente, Riesterrente oder Pflegezusatzversicherung – alles gesetzliche Luftblasen, die platzen, sobald ihrer Wirksamkeit gegen Armut im Alter nachgespürt wird.

Und der Mindestlohn? Der bringt leichte Verbesserungen, aber die vielen Ausnahmen im Pflegebereich, in der Gebäudereinigung oder im Gastgewerbe, die Tatsache, dass auch 8,50 pro Stunde selbst bei ununterbrochener Beschäftigung zu einer Rente führen, die nicht über dem Sozialhilfeniveau liegt, schaffen keine wirksamen Verbesserungen für Rentenbezieher

Zu Zahlen verdichtet saust diese Wirklichkeit wie Keulenschläge auf Ihre Köpfe nieder. In Deutschland gibt es zur Zeit

- 2,3 Millionen Miniatur-Selbständige, die sich von einem Projekt zum anderen hangeln,
- 11,8 Millionen Teilzeitbeschäftigte,
- 6,5 Millionen Geringverdiener, die nicht mehr als 4 bis 5 Euro die Stunde verdienen.
- Durch die Hartz IV Gesetze hat sich der Kreis derjenigen, die von Verarmung im Alter bedroht sind, erheblich vergrößert, denn ihre Rente steigt um einen Betrag von lächerlichen 2,19 Euro pro Jahr.

Untersuchungen der OECD zufolge ist die Altersversorgung all dieser Menschen hierzulande, auch im ... **weiter auf Seite 2** ▶

... Fortsetzung von Seite 1 Vergleich zu anderen Industrieländern, extrem schlecht. Dennoch sollten Sie nicht jammern, wenn Ihnen Angst und Bange wird, denn es kommt noch viel schlimmer: Im Jahre 2030 wird etwa die Hälfte aller Rentner unter der Armutsgrenze leben. Die gesetzliche Rente wird weiter sinken.

Nach Berechnungen von Experten wird sich die Eckrente so entwickeln:

Entwicklung der Eckrente	2010	1083 Euro
	2020	1069 Euro
	2030	1024 Euro
	2040	988 Euro

Faktoren wie Inflation, steigende Lebenshaltungskosten usw. sind in diesen Zahlen nicht berücksichtigt.

Weniger sachlich als pointiert formuliert: Ein Drittel der zukünftigen Rentner, die neben der gesetzlichen Rente noch eine betriebliche Altersversorgung, Vermögen und/oder Immo-

bilien haben, wird sorgenfrei sein können; ein Drittel wird auf die gesetzliche Rente und vielleicht auch noch ein kleines Sparguthaben angewiesen sein und knapp über, teilweise unter der Armutsgrenze leben; das letzte Drittel hat

keine Chance, im Alter der existenziellen Ausweglosigkeit zu entkommen. Wir leben, aus dieser Wahrheit gibt es kein Entrinnen, in einer Gesellschaft, die einen großen Teil der ihr zugehörigen Menschen mit systematischen politischen Fußritten ins existenzielle Abseits befördert. Sie werden auf dem gesellschaftlichen Müllhaufen des nutzlosen und überflüssigen menschlichen Abfalls entsorgt.

## Verelendung

Für diese Lebenswirklichkeit ist „Altersarmut“ ein eher beschönigendes und deshalb wohl so verbreitetes Etikett ist. Immer mehr ältere Menschen leben in einem Zustand, der sich am treffendsten als ein Gemisch aus materieller, sozialer, gesundheitlicher und kultureller Verelendung beschreiben lässt. Materielle zieht zwangsläufig kulturelle und soziale Verelendung nach sich, zusammen führen sie zum gesundheitlichen Absturz. „Armut macht krank“ ist nicht nur ein sozialpolitischer Slogan, sondern empirische Gewissheit, von der MedizinerInnen, PsychotherapeutInnen und andere im sozialen Feld tätige Berufsgruppen ein traurig-tragisches Lied singen können. Zusammenfassen lässt sie sich in der schlichten Feststellung: Sie sterben früher, werden früher und häufiger chronisch krank, sie leiden an mehr und intensiveren psychischen und körperlichen Erkrankungen.

Diesen Müllkippen-Mechanismus erleben schon Ihre Kinder und Enkel. 19,2% aller deutschen Kinder leben unterhalb der Armutsgrenze: Sie haben geringe oder keine Bildungs- oder Ausbildungschancen. Sie tragen ideale Voraussetzungen in ihr Leben als Erwachsene, um sich im unteren sozialen Drittel der Gesellschaft einzurichten: Garantiert sind ihnen geringes Arbeitseinkommen, Niedriglohnjobs oder Arbeitslosigkeit, im besten Falle vielleicht Zeitarbeit. Ihr Leben wird geprägt von existenziellen Sorgen und einer geringen Teilhabe am – nicht nur materiellen, sondern auch kulturellen, sportlichen, geistigen, künstlerischen – Reichtum der Gesellschaft. Ihr Gesundheitszustand ist, im Vergleich zu wohlhabenderen Gleichaltrigen, der frühe Countdown für das Dahinsiechen fünfzig Jahre später.

Der Niedergang von Millionen Menschen dieser Gesellschaft beginnt genau genommen schon vor ihrer Geburt. Das sind diejenigen, die in den prognostischen Zahlenspielen

von PolitikerInnen und AnalystInnen so gut wie keinen Platz mehr haben. Sie wissen es nicht, wenn sie noch voller Lebensfreude den Kindergarten besuchen, oft auch noch nicht, wenn sie als Halbwü-

sige in aller jugendlichen Naivität Zukunftspläne schmieden – aber sie beginnen es zu spüren. Dank dieses lebenslangen Desasters endet ihre Lebensgeschichte, wie sie begann: In Verzicht, in Beschränkung, in Resignation. Armut, Verelendung im Alter sind, so lautet die bittere Gewissheit, kein Thema für Menschen jenseits der 65, sie zerfressen das ganze Leben zahlloser Menschen, in dieser Stadt, in diesem Land, wie eine Seuche.

Was bei Kindern noch mit der Hoffnung, ohne die ein Leben sinnlos wird, verbunden ist, es könnte irgendwann irgendwie irgendwoher Veränderung zum Besseren kommen, nimmt im Alter barbarische Gestalt an: Es gibt kein Morgen mehr, sondern nur noch ein Heute. Er erschöpft sich darin, vor sich hin zu vegetieren und auf den Tod zu warten. Sie werden aus Wohnungen vertrieben, in

denen sie manchmal jahrzehntlang gelebt haben. Die meisten können sich nur gesundheitsgefährdend ernähren. Tausende frieren im Winter, weil ihnen Strom und Gas abgestellt werden. Sie können keine gesund erhaltende Prävention betreiben, soweit sie nicht von den Krankenkassen übernommen wird. Ihre Gesundheitsversorgung verschlechtert sich seit Jahrzehnten dramatisch. Teilnahme

am kulturellen Leben ist weitgehend ausgeschlossen, wenn nicht wegen finanzieller Einschränkung, dann verhindern Transportprobleme oder Bewegungseinschränkungen sie.

Sind diese Schilderungen übertrieben, zu pessimistisch, zu ungerecht gegenüber dem Sozialstaat? Nein: Sie sind die kompakte Zusammenfassung eines in Krankheit, Isolation, Vereinsamung endenden Lebens, das in Traurigkeit und Trostlosigkeit und manchmal auch in Wut und Zorn mündet, die aber nicht nach außen – wohin denn auch genau? –, sondern autoaggressiv und damit weiter krankmachend nach innen gerichtet werden. Selbst der kleine Rest Leben, der ihnen bleibt, ist nicht mehr als kümmerlich und nimmt die Gestalt eines umfassenden Elends an, in das Menschen nicht von der Gesellschaft, sondern von den ökonomischen Machern und den ihnen dienstbaren politischen Entscheidungsträgern gestoßen werden – nicht nur in Deutschland, sondern europaweit, um nur einmal diesen Teil der Welt in den Blick zu nehmen.

## Reichtum, Armut

Alle Menschen, die im Altersgrauen versinken, haben zur Entstehung des gesellschaftlichen Reichtums in all seinen Erscheinungsformen beigetragen.

An der Verteilung dieses Reichtums sind sie nicht beteiligt. Den regeln die ökonomischen und politischen Eliten, und sie regeln ihn so, dass die Kluft zwischen Armen und Reichen sich kontinuierlich vergrößert. In den letzten zwanzig Jahren, in denen die Renten weiter gekürzt, durch Nachhaltigkeits- und Riesterdämpfung systematisch beschnitten wurden und werden, hat sich das Auseinanderdriften der Vermögensverteilung noch einmal rasant beschleunigt. Für einen Rentner, eine Rentnerin, die ihre Wohnung aufgeben müssen, weil sie unbezahlbar geworden ist, und morgens im Supermarkt stehen und sich entscheiden müssen, ob sie Obst oder Brot oder Nudeln kaufen können, sind solche Tatsachen wie Ohrfeigen, wie hämisches Gelächter aus der Welt jenseits der Armutsgrenzen.

Die Verteilung des Reichtums regeln die ökonomischen und politischen Eliten so, dass die Kluft zwischen Armen und Reichen sich kontinuierlich vergrößert.

Ältere Menschen verelenden also nicht, weil gesellschaftlich nicht genug Reichtum – in Geld und anderer Form – vorhanden wäre,

sondern weil er von denen, die die Macht dazu haben, verteilt, sprich: privatisiert wird nach Regeln, die sie selbst aufstellen. Solche Regeln werden von denen gemacht, die die ökonomischen und politischen Hebel bedienen und mit ihnen nicht nur dem gesellschaftlichen Reichtum, sondern auch den Werten und Normen, nach denen sie beurteilt und akzeptiert werden sollen, die ihnen genehme



Richtung geben. Da sie ihre Macht durch ihr Gewaltmonopol auch noch absichern können, polizeilich und wenn nötig militärisch, sorgen sie vor allem für sich selbst, für ihren Wohlstand, für ihre Teilhabe, für ihren Luxus, für die Qualität ihres Lebens bis an sein saturiertes Ende. Der Bankrott der gesetzlichen Rentenversicherung, das Lügengebäude von „die Rente ist sicher“ bis zur Verschleierung von Rentenkürzungen durch verbale Purzelbäume wie „Dämpfungsfaktoren“, der Betrug mit der Riester-Rente und die zynische Forderung nach privater Vorsorge an diejenigen, die für ein solches Modell keinen Cent erübrigen können, sind nur die Spitze des Eisbergs der Demütigung und Ausgrenzung, ihre sichtbaren Mechanismen. Ihr größerer und gewichtigerer Teil ist das gesellschaftliche Gefälle zwischen politisch und ökonomisch mächtigen Minderheiten und der Ohnmacht der meisten Menschen.

Karl Marx sprach vor 150 Jahren vom Lumpenproletariat. Rentner sind keine Proletarier, aber sie werden wie Ausschuss, wie Abfall, wie Lumpen, der nicht mehr gebraucht wird, wegwerfen. Sie verursachen täglich Kosten, die eigentlich nicht nötig sind, weil ihre Verursacher ökonomisch ohnehin, aber auch politisch gesehen, keine fraglose Daseinsberechtigung mehr haben. Die Diskussionen um Sterbehilfe und Euthanasie, die sich seit einigen Jahren in die gesellschaftlichen Diskussionen

einschleichen, machen auf diesem Hintergrund Sinn: Die Frage nach dem Bleiberecht für verelendete Rentner auf dieser Erde wird sich immer dringender stellen. Wenn die Kosten für Krankenbehandlung und Pflege, die notwendigen Einrichtungen für einsame und hilfsbedürftige Menschen, von Kranken- und Pflegeversicherung nicht mehr zu tragen sind, werden diese Diskussionen, wie viele Behandlungen und Medikamente bzw. welchen Pflegeaufwand ein solcher Mensch noch verlangen kann, dreister werden. Vielleicht wartet der Vorschlag, ein Bonussystem für seine Nachkommen einzuführen, wenn jemand auf kostspielige Behandlungen verzichtet oder zum freiwilligen Lebensverzicht bereit ist, in irgendwelchen ministeriellen Schubladen schon auf den passenden Zeitpunkt für seine Veröffentlichung.

sionen, wie viele Behandlungen und Medikamente bzw. welchen Pflegeaufwand ein solcher Mensch noch verlangen kann, dreister werden. Vielleicht wartet der Vorschlag, ein Bonussystem für seine Nachkommen einzuführen, wenn jemand auf kostspielige Behandlungen verzichtet oder zum freiwilligen Lebensverzicht bereit ist, in irgendwelchen ministeriellen Schubladen schon auf den passenden Zeitpunkt für seine Veröffentlichung.

### Eingriffe

Der gesellschaftliche Reichtum würde genügen, um allen Menschen Lebensbedingungen zu schaffen, um ihnen ein würdevolles und verdientes Altern zu ermöglichen. Nötig wäre ein Bewusstsein von Solidarität in der Gesellschaft, die ganz selbstverständlich die weniger leistungsfähigen und weniger erfolgreichen Mitmenschen mitträgt, auch im Alter.

### Nötig wäre die Entwicklung eines demokratischen Menschenbildes, das jede Lebensleistung würdigt.



Nötig wäre politischer Wille, Untergrenzen für die materiellen Ressourcen festlegen, über die jemand verfügen soll, damit er/sie einen entspannten und zufriedenstellenden Lebensabend verbringen kann.

Nötig wäre weiter die Entwicklung eines demokratischen Menschenbildes, das jede Lebensleistung würdigt und Kriterien ihrer Gewichtung schafft, die sich nicht am elitärem Selbstverständnis von Menschen oder Gruppen, sondern an der Bereitschaft zum sozialen Miteinander orientieren.

Nötig wäre schließlich ein Gesellschaftsvertrag, der Grenzen für das private Anhäufen von gesellschaftlich geschaffenen Reichtum festlegt.

Ein Anfang politischer Veränderung wäre eine steuerfinanzierte Rente, die doppelt verankert ist:

- Erstens durch konsequente Besteuerung von hohem Einkommen und Vermögen, die durchaus bis zu 90% reichen darf.
- Zweitens durch die Beteiligung aller Menschen, die arbeiten, an dem Fundus, der der Finanzierung der Renten dient: Unternehmer, Manager, Parlamentarier, Selbständige, Beamte tragen entsprechend ihrem Einkommen zu diesem Fundus bei.

Es könnte sich lohnen, für ein solches System der Altersabsicherung aller Menschen zu kämpfen, weil es zu einem Umdenken und Umfühlen führen müsste, zu einer Gewissheit, dass Solidarität, Würde und Respekt Werte sind, ohne die eine Gesellschaft über kurz oder lang zerfällt.

■ Dr. Günter Rexilius, Mönchengladbach

# Das 3-stufige Rentenmodell der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung

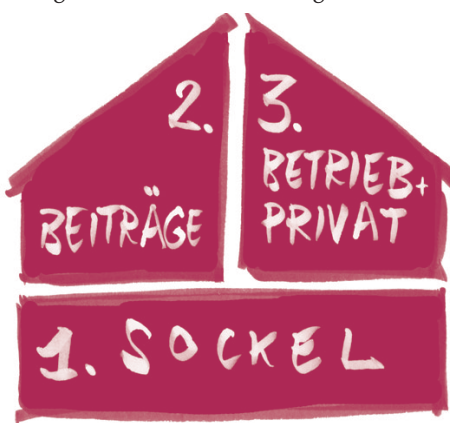


Die gesetzliche Rente ist für die Mehrheit der Bevölkerung das wichtigste Alterssicherungssystem. Die Höhe der Rente ist abhängig von der Anzahl und Höhe der eingezahlten Beiträge.

Voraussetzung für eine existenzsichernde und ausreichende Rente ist eine ununterbrochene Normalerwerbsbiografie mit durchschnittlichem Einkommen.

Die Rentenversicherung steht vor großen Herausforderungen, die Zahl der prekären Beschäftigungsverhältnisse hat zugenommen, die Rentenreformen bewirken langfristig ein sinkendes Rentenniveau, das Risiko der Altersarmut steigt. Die Reformen und Diskussionen weisen bisher keine Lösungen zur Verhinderung von Altersarmut auf. Diese trifft besonders Langzeitarbeitslose, Versicherte mit unterbrochenen Erwerbsbiografien und im Niedriglohnbereich, mit langer Familientätigkeit, Erwerbsgeminderte und kleine Selbstständige. Aber auch alle anderen zukünftigen Rentnerinnen und Rentner sorgen sich zu Recht um ihre Alterseinkünfte. Wenn die Erwerbsbiografien für eine steigende Zahl von Menschen brüchig werden, Arbeit nicht mehr vor Armut schützt und das Rentenniveau sinkt, brauchen wir mehr Sicherheit und solidarischen Ausgleich in der Gesellschaft und in der Rentenversicherung. Das Rentenmodell der kath. Verbände gibt eine Antwort auf die Herausforderungen. Mit dem Modell bringen die kath. Verbände diese Forderungen zur Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung in die Diskussion ein:

- Stärkung des umlagefinanzierten, solidarischen und leistungsbezogenen Systems der gesetzlichen Rentenversicherung,
- Verhinderung von Altersarmut durch die existenzsichernde Sockelrente,
- eigenständige Alterssicherung für Frauen und Männer,
- bessere Anerkennung der Erziehungs- und Pflegeleistungen,
- Einbeziehung weiterer Personengruppen in die gesetzliche Rentenversicherung,
- ergänzende betriebliche Altersvorsorge als Regelfall für alle Erwerbstätigen.



## Stufe 1: Die Sockelrente

ist eine solidarische Bürgerversicherung und gewährleistet für alle Anspruchsberechtigten eine Mindestsicherung unabhängig von der Erwerbsbiografie. Zur Finanzierung tragen alle Einkunftsarten bei. Die Einbeziehung aller Einwohnerinnen und Einwohner und aller Einkünfte in die soziale Sicherung ist die Basis einer solidarischen Gesellschaft.

## Stufe 2: Arbeitnehmer-Pflichtversicherung

Wesentliche Prinzipien der gesetzlichen Rentenversicherung werden beibehalten. Höhe und Dauer der Beiträge entscheiden über die Rentenhöhe. Die Absicherung des Risikos der Erwerbsminderung bleibt erhalten und wird durch den Aufbau der Sockelrente gestärkt. Die Anrechnung von Erziehungs- und Pflegezeiten wird erhöht. Die Finanzierung erfolgt paritätisch aus Beiträgen aus Erwerbsarbeit und Bundesmitteln. Langfristig muss Stufe 2 durch Einbeziehung weiterer Erwerbstätiger zu einer Erwerbstätigenversicherung werden.

**Stufe 3: Betriebliche und private Vorsorge** ergänzen die beiden vorhergehenden Stufen. Die betriebliche Altersvorsorge muss zum Regelfall werden.

Der Übergang vom geltenden Recht zum Rentenmodell wird über einen Stichtag geregelt, nach 20 Jahren soll der volle Anspruch auf die Sockelrente für Neurentnerinnen und Rentner bestehen. In einer Studie hat das Münchener ifo-Institut für Wirtschaftsforschung 2007 bestätigt: das Rentenmodell ist verfassungsgemäß und finanzierbar.

Die Träger des Modells sind:

- Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB)
- Katholische Frauengemeinschaft (kfd)
- Familienbund der Katholiken (FDK)
- Kolpingwerk
- Katholische Landvolkbewegung

Es wird außerdem von weiteren Verbänden, regionalen und diözesanen Bündnissen und Gremien unterstützt.

[www.kab.de/themen/rente](http://www.kab.de/themen/rente)

## Ist Altersarmut für dich ein Thema?

„Ja, weil dieses Thema auch uns Jugendliche anspricht und es um unsere eigene Zukunft geht. Niemand will im Alter nicht mehr die Möglichkeit haben seinen Lebensstandard zu halten.“

■ Lena, 17 Jahre, Schülerin

„Ja, weil ich jeden Tag sehe, wie die Menschen darunter leiden müssen, obwohl sie es nicht sollten. Ich kämpfe für alle, die mit Altersarmut zu tun haben.“

■ Michele, 22 Jahre, Pflegekraft

„Ja, weil es mich auch treffen kann, auch wenn ich schon versuche privat vorzusorgen.“

■ Claudio, 29 Jahre, Betriebsschlosser

„Ja, weil ich weiß, dass vor allem Frauen (aufgrund Biografie, Einkommen) direkt betroffen sind. Noch mehr Sorgen macht mir aber, dass wir jungen Menschen heute kaum noch in sicheren, unbefristeten und sozialversi-

cherungspflichtigen Jobs arbeiten. Ich frage mich, wie wir so vernünftige Rentenansprüche aufbauen sollen.“

■ Sarah, 28 Jahre, Bundesvorsitzende der CAJ Deutschland

## Was tun Sie gegen Altersarmut?

Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass sich die Lebensleistung in der Rente abbildet. Wer jahrzehntelang gearbeitet und in den Generationenvertrag eingezahlt hat, muss im Alter eine auskömmliche Rente haben und darf nicht auf Grundversicherung angewiesen sein. Altersarmut hat in vielen Fällen ein weibliches Gesicht. Die Mütterrente trägt dazu bei, die durch Kindererziehung erbrachten Leistungen der Mütter anzuerkennen und Altersarmut von Frauen vorzubeugen. Wir haben so eine Gerechtigkeitslücke geschlossen.

■ Dr. Günter Krings, CDU, MdB



**Altersarmut betrifft uns alle.** Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die wir gemeinsam bewältigen müssen. Die SPD hat den Mindestlohn erkämpft, der viele Menschen unabhängig von ergänzenden Sozialleistungen macht und dem Lohndumping ein Ende setzt. Auch bei Erwerbsminderungsrente und Mütterrente haben wir wichtige Neuerungen durchsetzen können. Mit dem Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf unterstützen wir pflegende Angehörige mit mehr Rechten und größerer Flexibilität. Hierdurch soll es älteren Menschen ermöglicht werden, in ihrem gewohnten Lebensumfeld bleiben zu können und ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Ebenso wichtig sind unsere Vorhaben zur Unterstützung Alleinerziehender und zur gerechten Bezahlung von Frauen. Da Frauen durchschnittlich weniger verdienen als Männer, sind sie öfter von Altersarmut betroffen. Klar ist aber auch, dass wir noch nicht am Ende sind. Wir werden uns weiter für ein menschenwürdiges Leben Aller einsetzen, unabhängig von Alter, Geschlecht oder Ethnie.

■ Gülistan Yüksel, SPD, MdB



# Wenn ich einmal arm wär

So heißt das von der Landesregierung geförderte Informationsfaltblatt, das die Landesseniorenvertretung (LSV) NRW bei der Mitgliederversammlung im April vorgelegt hat.

Hintergrund der darin enthaltenen Basisinformationen zum Thema Altersarmut sowie der Handlungsempfehlungen für die örtlichen Seniorenvertretungen ist die nach Ansicht der LSV immer deutlicher werdende Verschlechterung des sozialen Klimas seit Beginn der Agenda-Politik. „Deren Auswirkungen sind inzwischen unübersehbar“, sagt Jürgen Jentsch, der stellvertretende Vorsitzende der Landesseniorenvertretung, und erläutert das so: „Wenn knapp acht Prozent der Menschen über 65 Jahre auf Grundhilfe angewiesen sind, ist das mehr als ein erstes Alarmsignal. Denn es entsteht eine neue Altersarmut durch die Ausweitung des Niedriglohsektors und durch die explodierende Zahl der Mehrfach-

und Langzeitarbeitslosen aus den achtziger und neunziger Jahren“.

Deshalb liegt das Augenmerk der LSV generationenübergreifend auch auf der zunehmenden Armutsgefährdung anderer Altersgruppen: Denn die heute armen Kinder, Jugendlichen, Erwachsenen und Eltern seien die von Armut betroffenen alten Menschen der Zukunft.

Welche Einflussmöglichkeiten die Seniorenvertretungen vor Ort auf solche Entwicklungen haben, darauf weist der neue achtseitige Flyer ausführlich hin. So nennen die Verfasser u.a. die Forderung nach regelmäßigen Reichtums- und Armutsberichten in den Kommunen an die Politik. Auch Begegnungsstellen, Foren oder Schuldner-



beratungen für die eigene Kommune öffentlich einzufordern, sich für Nachbarschafts-Netzwerke, bessere Bildung oder preisgünstige Freizeitangebote einzusetzen, könnten Wege sein, ganz konkret auf die zumeist verschämte Armut in der eigenen Umgebung hinzuweisen und zu reagieren.

„Lebensqualität statt Altersarmut muss heute und in Zukunft für alle Menschen möglich sein“, lautet die Überzeugung der Landesseniorenvertretung.

Der Flyer steht auf der Homepage der LSV NRW zum Herunterladen bereit.

■ Jürgen Jentsch, Stellv. Vorsitzender der Landesseniorenvertretung NRW [www.lsv-nrw.de](http://www.lsv-nrw.de)

## Altersarmut – Zahlen und Fakten

Was bekommen Menschen, die in Armut leben, im Alter? Wie viele ältere Menschen leben in Armut, hier bei uns und in anderen Ländern?

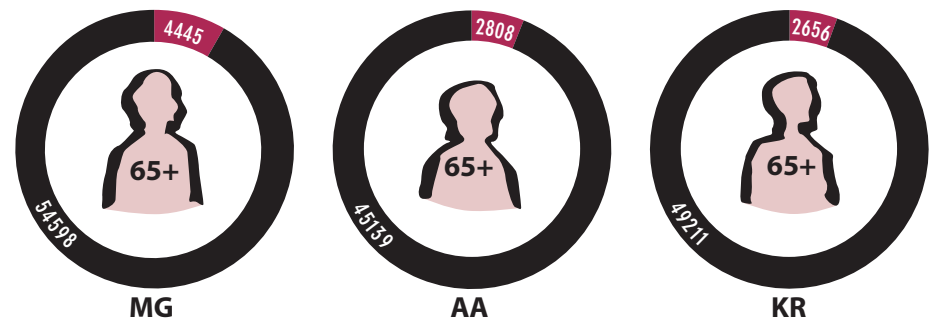
Ältere, arme Menschen in Deutschland beziehen die Altersgrundsicherung. Um die Höhe dieser zu berechnen, gibt es drei maßgebliche Regelbedarfsstufen:

<b>Regelsatz 1</b>
399 Euro, steht einer erwachsenen leistungsberechtigten Person zu, die einen eigenen Haushalt führt.
<b>Regelbedarfsstufe 2</b>
360 Euro, gilt für jeweils zwei erwachsene Leistungsberechtigte, die als Ehegatten oder Partner einen gemeinsamen Haushalt führen.
<b>Regelbedarfsstufe 3</b>
320 Euro, steht einer erwachsenen leistungsberechtigten Person zu, die weder einen eigenen noch einen gemeinsamen Haushalt mit einer anderen Person führt.

Dazu kommen Zusatzzahlungen, z.B. für eine Gehbehinderung sowie Aufwendungen für Unterkunft und Heizung. Anzurechnendes Einkommen wird abgezogen.

In **Mönchengladbach** lebten 54.598 Menschen über 65 Jahre zum Stichtag 31.12.2014. Insgesamt bekommen hier 4445 Personen die Altersgrundsicherung, 2809 davon sind über 65. In 2014 wurden in Mönchengladbach insgesamt 25.797.389 Euro für die Altersgrundsicherung ausgegeben.

In **Aachen** lebten zum 31. Dezember letzten Jahres 45.139 Menschen, die 65 Jahre oder älter waren. Aktuell erhalten 2.808 Menschen



Grafik: Menschen über 65 und Empfänger der Altersgrundsicherung Ende 2014 in MG, Aachen und Krefeld

eine Grundsicherung im Alter. 2014 brachte die Stadt Aachen 16.107.675,70 Euro für die Altersgrundsicherung auf.

In **Krefeld** lebten zum Ende letzten Jahres 49.211 Einwohner über 65. Zum selben Datum haben 2656 Personen ab Eintritt des Rentenalters außerhalb von Einrichtungen die Grundsicherung im Alter erhalten. 224 Personen, die in Einrichtungen lebten, bekamen die Grundsicherung im Alter bzw. bei Erwerbsminderung. Nettoausgaben 2014 waren für die Grundsicherung im Alter bzw. bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen 18.751.228 Euro, in Einrichtungen 1.001.232 Euro.

Diese Ausgaben werden zu 100% vom Bund erstattet.

### In anderen europäischen Ländern

In **den Niederlanden** leben 2.919.024 Menschen über 65. 2,6% der Ehepaare über 65 leben in Armut sowie 6,4% der alleinstehenden Senioren. Diese Menschen leben von Ren-

ten und/oder AOW (Algemene Ouderdomswet = Allgemeines Altersgesetz). AOW ist die Sozialhilfe für Menschen über 65. Auch in den Niederlanden hängt die Höhe dieser Altersgrundsicherung davon ab, ob man alleine oder mit einem Partner zusammenwohnt. Die Bruttobeträge liegen zwischen 765,95 Euro und 1.506,55 Euro pro Monat. Im Februar 2015 lebten insgesamt 3.295.220 Niederländer von AOW. 2013 lagen die Ausgaben für AOW in den Niederlanden bei 32,7 Milliarden Euro.

In **Spanien** war 2007 etwa 16,7% der Bevölkerung älter als 65 Jahre. Knapp die Hälfte der über 65-Jährigen lebt in Spanien unter der Armutsgrenze. Dies geht aus einem Bericht des Nationalen Instituts für Statistik hervor. Besonders betroffen seien Alleinstehende. Die Armutsgrenze für Einpersonenhaushalte liegt bei einem Jahreseinkommen von 6.346 Euro. Spanien verfügt über kein soziales Auffangnetz. Mittlerweile gibt es auch dort zahlreiche Armenküchen.

■ Gabriele Schulz

## Wohin gehört ein Arbeitslosenzentrum?

Über die Zukunft des Arbeitslosenzentrums an der Lüpertzender Straße ist eine nicht nur in Kreisen der Betroffenen heftige Diskussion entbrannt. Die mehrheitliche Stadtratsfraktion von CDU und SPD will das „Filetstück“ offensichtlich mit hohen Gewinnen vermarkten.

„Wir sehen Sie nicht mehr an diesem Standort“, erklärte Oberbürgermeister Hans-Wilhelm Reiners (CDU) Vertretern des Arbeitslosenzentrums (ALZ). In dem Gespräch sollte es um die weitere Zukunft des ALZ am bewährten Standort Lüpertzender Straße gehen, um konkrete Pläne wie den längst überfälligen behindertengerechten Ausbau im Eingangsbereich. Doch statt einer klaren Perspektive gab es für Vorstand wie Geschäftsführung des Stadtmitte-Zentrums lediglich Frust und Enttäuschung. Reiners betonte zwar, er stelle Arbeit wie Einrichtung keineswegs in Frage. Doch das könne auch an anderer Stelle in der Stadt passieren. Ist das gefragte Zentrum in den Fokus finanzkräftiger Investoren gerückt? Wollen Stadt und Bauträger das attraktive City-Grundstück lukrativ vermarkten? Sollen die vielen ratsuchenden Arbeitslosen deshalb die Zeche zahlen und abziehen, weil sie nicht ins „gehobene Viertel“ passen? Fragen, auf die es derzeit keine (öffentlichen) Antworten von Politik und Verwaltung gibt. Was tun? Auf keinen Fall wollen Offizielle und Besucher des ALZ die Hände in den Schoß legen. Sie werden dafür intensiv werben, dass es zur Lüpertzender Straße mit den Angebo-

ten Beratung und Begegnung für Hunderte von Menschen, die zunehmend gesellschaftspolitisch ausgegrenzt werden (obwohl sie es nicht wollen) keine räumliche Alternative gibt.

In ersten Gesprächen beispielsweise mit Kirchenvertretern gab es vor allem positive Zeichen. Und die Gewissheit, dass das ALZ an seiner jetzigen Stelle kein Störfaktor ist. Ganz im Gegenteil, nimmt man die Sorge um Menschen ohne Arbeit ernst.

So schrieb Pfarrer Ulrich Clancett, dass das ALZ zum „Kulturhügel Abteiberg“ genauso gehört wie Münster und Musikschule. Das mache schließlich eine „Stadt des Miteinanders“ und nicht der Ausgrenzung aus. In Gesprächsrunden mit Vertretern der SPD und CDU gab es wenig Verbindliches, beispielsweise zur Standort-Frage.

Über 3700 Beratungskontakte mit Menschen, die Rat suchten, deutlich mehr als 10000 preiswerte Mittagessen für Personen mit wenig Geld, Hilfesuchende aus rund 60 Ländern – das sind nur einige Zahlen aus dem Jahresbericht 2013 des Gladbacher Arbeitslosenzentrums, das trotz ständiger finanzieller Engpässe seit über 30 Jahren existiert. Und nicht nur „in der Szene“ gefragter denn je ist. „Mit seinem umfassenden Angebot der psychosozialen Betreuung kann unser Trägerverein einem großen Betroffenenkreis eine umfassende Unterstützung in schwierigen Lebenssituationen anbieten“, sagt Karl Sasserath. Er leitet das Zentrum an der Lüpertzender Straße 69.

■ **Herbert Baumann**

[www.arbeitslosenzentrum-mg.de](http://www.arbeitslosenzentrum-mg.de)

### IMPRESSUM

#### Der Draht zum Bündnisrat:

Eddi Erlemann 02161/567 07 77  
 e.erlemann@online.de  
 Franz-Josef Breuer  
 breuerfj@hotmail.com  
 Hartmut Wellssow 02161/66 65 24  
 hwellssow.cbartrina@t-online.de  
 Heinz Backes 0241/45 24 75  
 heinz.backes@bistum-aachen.de  
 Johannes Eschweiler 0171/953 25 65  
 johannes.eschweiler@stiftung-volksverein.de  
 Alex Micha 02161/58 13 99  
 Robert Manstetten 0241/132 05  
 r-d@manstetten.com  
 Renate Müller  
 renate.mueller.strauch@web.de  
 Herbert Baumann  
 herbertbaumann5@t-online.de  
 Günter Rexilius  
 guenter.rexilius@t-online.de

#### Herausgeber:

#### Bündnis für Menschenwürde und Arbeit

Wolfgang Fels  
 Tel. 02161/948 90 83  
 Kirchplatz 11  
 41061 Mönchengladbach  
 www.menschenwuerde-und-arbeit.de  
 buero@menschenwuerde-und-arbeit.de

#### Bankverbindung:

Förderverein Stiftung Volksverein MG  
 Sparkasse Mönchengladbach  
 (BLZ 310 500 00) Konto: 318 08 25  
 Verwendungszweck: Bündnis

## Arbeitszeitgesetz und Mindestlohn auch für osteuropäische Pflegekräfte Schwester Svitlana ist Ansprechpartnerin und leistet Sozialbetreuung

Schwester Svitlana von den Steyler Missionsschwestern ist in der Region Heinsberg Ansprechpartnerin für Wanderarbeiter und Betreuungs- und Pflegekräfte aus dem osteuropäischen Raum, die hier in Privathäusern deutscher Familien beschäftigt sind.

„Wir sind froh, dass sie diese Sozialbetreuung leistet“, erklärten Betriebsseelsorger und Pastoralreferent Johannes Eschweiler und Lutz Braunöhler, Vorsitzender des Katholikenrats für die Region Heinsberg, bei einem Gespräch im Arbeitslosenzentrum des Amos e.V. in Oberbruch. Mit ihr falle eine sprachliche Barriere, da sie neben Deutsch, Englisch vor allem auch Russisch und Polnisch spreche.

Schwester Svitlana bringt die Frauen zusammen, damit sie sich austauschen können. Zudem organisiert sie Deutschkurse, finanziert über den Migrationsfond des Bistums, damit Sprachbarrieren im Alltag vermieden werden können. „Je besser jemand Deutsch spricht, desto besser können die Regelungen mit der Familie, wo betreut werden soll, ausgehandelt werden“, betonte Schwester Svitlana. Grundsätzlich sei es schwierig, Kontakt zu den Menschen zu bekom-

men. Sie habe festgestellt, dass vielfach Angst herrsche. Denn viele der Frauen seien in einem ungesicherten Arbeitsverhältnis beschäftigt. Der Bundesverband Haushaltshilfe und Seniorenbetreuung geht davon aus, dass dies auf 80 bis 90 Prozent der osteuropäischen Betreuungs- und Pflegekräfte zutrifft.

Aus Gesprächen mit den Frauen weiß Schwester Svitlana, dass einige Frauen rund um die Uhr für die zu Betreuenden da und manches Mal sogar zusätzlich noch in der Hausarbeit eingespannt sind. „Das Arbeitszeitgesetz gilt aber auch hier sowie der gesetzliche Mindestlohn oder die entsprechende tarifvertragliche Regelung“, stellte Eschweiler klar. Alles müsse alles dafür getan werden, dass die osteuropäischen Frauen ein ordentliches und geregeltes Beschäftigungsverhältnis erhalten.

Zwischen den Familien und den Betreuungskräften müssen vertragliche Regelungen zum Arbeitseinsatz, den Aufgaben und Zeiten vereinbart werden. Natürlich gebe es auch viele Leute, die den legalen Weg suchen, eine Person einzustellen, so Schwester Svitlana. Diese wenden sich oft an eine Agentur im guten Glauben, dass dann alles geregelt sei. Doch nicht alle

dieser Agenturen würden gut betreuen, weiß sie aus den Gesprächen. Grundsätzlich sei die Situation der Frauen oft nicht einfach. Viele kämen wegen einer finanziellen Notsituation nach Deutschland und müssten ihre Familie im Herkunftsland zurücklassen und würden an vielen Problemen z.B. der der Kinder nicht mehr teilhaben können. Hier kämen sie in eine ihnen unbekanntere Familie. „Die Frauen leben in zwei Realitäten, sind Mitglieder von zwei Familien“, erklärte Eschweiler. Deshalb sei er froh, dass Schwester Svitlana als Ansprechpartnerin da sei. Sie stehe den Frauen begleitend zur Seite und könne gegebenenfalls Wege aufzeigen, wie sie zu ihrem Recht kommen. So können sich die Frauen an die Beratungsstelle des Projektes des Dt. Gewerkschaftsbundes „Faire Mobilität“ wenden. Ein weiteres Beispiel für eine gerechte Vergütung der Pflegekräfte ist „Caritas 24“. Hier gibt es klare Vorgaben. Die osteuropäischen Kräfte sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt, sind gemeldet und werden betreut. Zudem wird auch danach geschaut wie die familiäre Situation im Herkunftsland ist.

■ **Eva Weingärtner, Katholikenrat der Region Heinsberg**